



## Artikel des IRH-Vorsitzenden Ramazan Kuruyüz

### „Minarette sind Zeichen der Transparenz, der Integration und der Zugehörigkeit“

Der Volksentscheid in der Schweiz, den Bau von Minaretten zukünftig zu verbieten, hat weltweit Reaktionen ausgelöst. Seitdem diskutieren Politik, Gesellschaft und Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften mehr und kontroverser als je zuvor über die Religionsfreiheit und die Grenzen der Sichtbarkeit religiöser Symbole in der Öffentlichkeit. Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH hat diesmal wie in einigen ähnlichen Debatten in vergangenen Jahren keine Pressemitteilung herausgegeben und wollte bewusst keinen Schnellschuss abgeben. Anstatt dessen wollen wir uns nach einer gründlichen Überlegung und in Besonnenheit mit der Frage des Minarettenverbots, der Religionsfreiheit und der Herausforderungen des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft grundsätzlich und möglichst sachlich und frei von Emotionen auseinandersetzen.

Die europäischen Gesellschaften sind zwar mehrheitlich christlich geprägt, aber sie sind seit einigen Jahrzehnten nicht mehr rein christlich, sondern trotz der bestehenden Tatsache der christlichen Mehrheit nunmehr plural, multireligiös, multikulturell und multiethnisch. Diese Pluralität gehört zum alltäglichen Leben in Europa. Auch Muslime, Juden, Hindus, Budhisten, Andersglaubende und Andersdenkende, säkulare Menschen und Atheisten sind Teil der europäischen Gesellschaften. Diese Pluralität birgt in sich einerseits Risiken und Konfliktpotenzial, andererseits Herausforderungen und Bereicherung für alle.

Die Religionsfreiheit gehört zu den universellen Grundrechten. Sie ist zu einer Errungenschaft der modernen und demokratischen Gesellschaften geworden. Die Religionsfreiheit gilt für alle Religionsgemeinschaften, nicht nur für die Religion der Mehrheitsgesellschaft. Deshalb schreibt beispielsweise das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vor, dass der Staat weder eine bestimmte Religionsgemeinschaft bevorzugen noch eine andere ausgrenzen darf. Alle Bürgerinnen und Bürger sind verpflichtet, die Verfassung und die elementaren Grund- und Menschenrechte zu achten. Dies gilt auch für alle europäischen und demokratischen Gesellschaften im Sinne ihrer Verfassungen und der Charta der UNO. Deshalb ist es widersprüchlich, dass Teile der europäischen Mehrheitsgesellschaften einerseits Muslime in ihren Ländern ständig auffordern, die Verfassung der jeweiligen Länder und die universellen Grundrechte zu achten und andererseits sie selbst diese Grundrechte im Falle der Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung der Muslime missachten. Der Bau der Moscheen mit ihren Minaretten gehört genauso wie der Bau der Kirchen mit ihren Türmen zum Stadtbild und ist ein Ausdruck der verfassungsgemäßen Religionsfreiheit.

Das Referendum ist selbstverständlich ein Teil der unmittelbaren Demokratieform. Nicht die Volksvertreter alleine entscheiden für das Land, sondern auch das Volk selbst nimmt durch seine Volksabstimmungen die Verantwortung in die Hand. Die Grund- und Menschenrechte und hier die Religionsfreiheit einer Minderheit dürfen aber auch nicht durch einen Volksentscheid aufgehoben oder eingeschränkt werden. Sie dürfen nicht mal zur Volksabstimmung gestellt werden. In einer Demokratie darf die Mehrheit die Grundrechte einer Minderheit auch nicht durch Volksabstimmung beschneiden. Sonst wäre eine solche Demokratie nichts Anderes als eine Diktatur. Deshalb muss hier die Frage gestellt werden: Was macht die Demokratie anders als eine Diktatur? Die europäischen Gesellschaften stehen in den letzten Jahrzehnten im Zusammenhang der Herausforderung ihres Zusammenlebens mit ihren neuen muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf dem Prüfstein des

Demokratieverständnisses. Das Demokratieverständnis einer Gesellschaft kann vielmehr an ihrem Umgang mit Minderheiten bzw. mit Grundrechten aller Teile einer pluralen Gesellschaft gemessen werden. In diesem Zusammenhang halte ich die Umfragen in vielen deutschen Medien bezüglich des Minarettenbaus für provokativ, die Gesellschaft gegeneinander spaltend, Ängste schürend und den sozialen Frieden gefährdend. Die Medien sollten und dürfen solche Grundwerte nicht zur Abstimmung stellen.

Die Islamophobie ist eine neue und weit verbreitete Erscheinung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit in den europäischen Gesellschaften. Sie erscheint in unterschiedlichen Formen und Bereichen und nimmt ständig zu. Diese Krankheit gefährdet den sozialen Frieden in Europa. Rassismus war und ist immer noch die gefährlichste soziale Krankheit der Menschheit. Die Beschneidung der Grundrechte und der Freiheit insbesondere der Muslime mit dem Vorwand der Sicherheit und durch pauschale Verdächtigungen stellt die Schattenseite des Demokratieverständnisses vieler europäischer Gesellschaften und Staaten dar. Vielen Menschen in Europa fehlt immer noch ein differenzierter und sachlicher Umgang mit dem Islam und den Muslimen. Die europäischen Mehrheitsgesellschaften müssen sich fragen lassen, ob sie genug von der Geschichte gelernt und wie weit sie die Demokratie, die Aufklärung und ihre Werte wie Toleranz, Freiheit und Gerechtigkeit sowie die Grund- und Menschenrechte verinnerlicht haben. Diese Frage bzw. ihre Klarstellung ist auch gerade deshalb von großer Bedeutung, damit europäische Gesellschaften ihre selbstbestimmte Vorbildfunktion für andere Völker der Welt überhaupt erfüllen können. Sonst verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit.

Die Integration der Muslime in die Gesellschaft ist die ständige Forderung der Mehrheitsgesellschaften und der Politik in Europa an die Muslime. Auch wenn es immer noch Probleme im Bereich der Integration gibt, ist es festzustellen, dass Muslime mit ihrer überwiegenden Mehrheit in die jeweiligen europäischen Gesellschaften integriert sind. Sie sind Teil der europäischen Gesellschaften geworden und Europa ist zu ihrem Lebensmittelpunkt bzw. ihrer neuen Heimat geworden. Wer sich entscheidet, in einem Land zu leben, will selbstverständlich auch da bauen. Der Bau der Moscheen mit ihren Minaretten ist genauso wie der Bau der Wohnhäuser ein klares Zeichen und ein Votum für die Integration und dafür, dass man in dem Land, in dem man lebt, angekommen ist. Er stellt die Zusammengehörigkeit zu diesem Land dar. Der Bau der Moscheen mit ihren Minaretten ist zugleich ein Zeichen der Transparenz der Muslime und auf keinen Fall ein Zeichen der Macht. Muslime wollen sich mehrheitlich in die Gesellschaft öffnen und sich nicht mehr in Hinterhöfen verstecken. Wer die Transparenz der Muslime und ihrer Religion fordert, muss den Bau der Moscheen mit ihren dazugehörigen Minaretten gutheißen und unterstützen. Muslime gehören auch in die Mitte der Gesellschaft. Ihre Moscheen mit Minaretten gehören auch zum sichtbaren Bild der Städte. Diese Transparenz der Muslime und ihrer Gebetshäuser ist im aller Interesse der europäischen Gesellschaften. Deshalb ist sie von allen Seiten der Gesellschaft zu fördern. Muslime in Europa wollen von europäischen Mehrheitsgesellschaften nicht mehr als Fremdkörper wahrgenommen werden. Europa ist für die überwiegende Mehrheit der Muslime zu ihrer Heimat geworden, sie lebt hier gerne und trägt zum sozialen und wirtschaftlichen Wohl der europäischen Länder entscheidend bei.

Bei allen obengenannten Tatsachen und Feststellungen möchte ich nicht zuletzt uns Muslime an unsere eigene Verantwortung für die mehrheitlich negative Wahrnehmung unserer Religion in den europäischen Gesellschaften erinnern. Wir Muslime sollen uns selber fragen, was wir falsch machen, so dass unsere Religion in vielen Kreisen in Europa negativ und gefährlich wahrgenommen wird. Trotz und bei allen festen, feindseligen und rassistischen Vorurteilen mancher islamfeindlichen Kreise, die schwer zu erziehen sind, sollen wir uns fragen, ob wir auch selber mit unserer falschen Praxis des Islam verantworten, dass ganz viele normale Bürgerinnen und Bürger in Europa Vorurteile gegenüber und Ängste vor dem Islam und den Muslimen haben. Nicht selten sind wir Muslime für viele Vorurteile und Ängste verantwortlich. Beispielsweise verantworten wir Muslime selber vielmehr das negative Frauenbild im Islam. Für ein besseres, gerechtes und verdientes Bild des Islam und seine positive Wahrnehmung in Europa sollen wir uns Muslime offen, aufrichtig, mutig, verstärkt und mit unseren allen Möglichkeiten gegen die Missstände in unseren eigenen Reihen einsetzen. Wir müssen in unserem Privatleben, in unseren Familien und in der Gesellschaft den richtigen Islam entsprechend dem Qur'an und der Sunna einüben. Wir müssen zum Wohle der Gesamtgesellschaft verstärkter beitragen und an den gesellschaftlichen Entwicklungen aktiver teilnehmen und mitwirken. Wir dürfen

nicht nur fordern, sondern wir müssen vielmehr fördern. Vorurteile kann man am besten dadurch abbauen, dass man einerseits gute freundschaftliche, kameradschaftliche, kollegiale und nachbarschaftliche Beziehungen pflegt und andererseits einen intensiven interreligiösen und interkulturellen Dialog führt. Dadurch gewinnt man Freunde, die uns auch in schwierigen Zeiten zur Seite stehen.

Der Islam ist kein monolithischer Block, kein starres Regelsystem, sondern mittels einer Vielzahl flexibler Normen anpassungsfähig und vor allem spezifische kulturelle Traditionen betreffend auch zeit- und ortsabhängig revidierbar. Für die IRH bedeutet dies, dass auch dem Islam in Deutschland und Europa die Möglichkeit offen steht, neue Islam-konforme Traditionen im Kontext der europäischen Gesellschaften zu entwickeln. Dazu ist es notwendig, den kommenden Generationen von Muslimen in Deutschland und Europa diese Islam-konforme Integrationsmöglichkeit durch die Vermittlung von authentischem islamischem Wissen zu eröffnen. Muslime in Deutschland und Europa sollen dazu befähigt und ermutigt werden, Althergebrachtes in der Herkunftsgesellschaft und in der Mehrheitsgesellschaft kritisch zu hinterfragen und zu differenzieren zwischen verkrusteten kulturspezifischen Traditionen und authentischen islamischen Inhalten und Werten. Auf diese Weise besteht für die kommenden Generationen auf lange Sicht die Chance, sich freizumachen von importierten Traditionen, welche die Integration erschweren und an deren Stelle die Etablierung von neuen islam-konformen Traditionen in Deutschland und Europa einzuleiten. Es gehört zu den Prinzipien des Islam, alles prüfend zu integrieren, was seinen Grundlagen nicht widerspricht und was der Gesellschaft nutzt. Dieses genuin islamische Prinzip (maslaha) erlaubt es den Muslimen, sich in allen Gesellschaften zurechtzufinden und nach Gemeinsamkeiten mit den bestehenden Gesellschaftssystemen zu suchen. Die gewünschte Folge dieses Ansatzes ist die Bereitschaft, sich in die Gesellschaft einzubringen und in einer dualen Integration zu leben. Die islamische Geschichte auf europäischem Boden in Andalusien ist Beweis für diese Fähigkeit und die für alle Seiten positiven Ergebnisse dieses Denkens und Handelns. Dieser genuin islamische Ansatz hat nichts mit Assimilation, wohl aber mit einer sinnvollen, für beide Seiten befruchtenden Integration zu tun, welche allein das respektvolle, tägliche Miteinander in einer pluralistischen Gesellschaft garantiert. Pluralistische Gesellschaftsformen bedürfen pluralistischer Ansätze und Methoden, um Handlungsfähigkeit und Handlungskompetenz für alle Gesellschaftsgruppen zu erwerben.

Zum Schluss darf und möchte ich an Muslime und die mehrheitlich christlich geprägten Gesellschaften in Deutschland und europäischen Ländern Folgendes appellieren:

Deutschland und Europa sind unsere gemeinsame Heimat. Wir alle bilden zusammen die Gesamtgesellschaft in Deutschland und Europa. Uns alle verbinden die gleichen Werte unserer Verfassungen und die universellen Grundwerte. Bei allen Unterschieden teilen insbesondere wir Angehörige der abrahamischen Religionen Judentum, Christentum und Islam miteinander den gemeinsamen Ursprung und viele gemeinsamen ethisch-moralischen Werte. Unsere Religionen stellen kein Gegeneinander dar. Wir sind Kinder Abrahams. Auch deshalb sollen wir gemeinsam handeln. In diesem Sinne sollen wir um die guten Taten und das Wohl unserer Gesamtgesellschaft wetteifern, denn „Der beste Mensch ist derjenige, der den Menschen nützlich dient“, wie der Allahs Gesandte Muhammed, Friede sei mit ihm, sagte. Statt Feindschaften, Ängste und Vorurteile gegeneinander zu schüren, sollen wir alle, insbesondere Verantwortungsträger in den Religionsgemeinschaften, der Politik und Gesellschaft unsere gemeinsamen Werte und unsere gemeinsame Verantwortung für das Wohl unserer Gesamtgesellschaft hervorheben und dafür werben.

Gießen, den 3. Dezember 2009

Ramazan Kuruyüz  
Vorsitzender der IRH